

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Ernährung,
Landwirtschaft u. Verbraucherschutz

Ausschussdrucksache
17(10)451-G

ö. Anhörung am 4.4.2011

31.3.2011

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen
Bundestages zum Thema

„Welternährung“

am 04. April 2011

Stellungnahme zum Fragenkatalog von:

Dr. Paul Armbruster, Bonn

1. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ursachen und Lösungsansätze für die Zahl von einer Milliarde Hungernder bei einer rechnerisch für die Gesamtbevölkerung ausreichenden Produktion an Kilokalorien?

Hunger hat verschiedene Ursachen: klimatische, soziale, politische und ökonomische Faktoren sind dafür verantwortlich. Vor dem Hintergrund, dass ungefähr 80 % der Hungernden auf dem Land leben und rund die Hälfte der Hungernden Kleinbauern sind, die kaum für die Selbstversorgung genügend produzieren, kann davon ausgegangen werden, dass neben klimatischen Faktoren die geringe Flächenausstattung pro Betrieb bzw. fehlender Zugang zu Betriebsmitteln (Saatgut, Düngemittel etc.), nicht ausreichendes Know-how für standortgerechte Produktion, fehlender Zugang zu Kredit, zu Marktinformationen und zu Absatzmärkten verantwortlich sind.

Die nicht ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln in verschiedenen Regionen hängt – neben der unzureichenden Produktion für die Selbstversorgung – für Überschuss produzierende Betriebe auch mit nicht vorhandenen Distributionsstrukturen sowie Marktverzerrungen zusammen: Die Nahrungsmittel gelangen nicht zum Verbraucher, die Produzentenpreise sind aus unterschiedlichen Gründen, wie unzureichenden Marktzugang, niedrige Verhandlungsmacht, zu niedrig. Niedrige Erzeugerpreise führen zu Versorgungsengpässen mit Grundnahrungsmitteln, vor allem auch in den Städten. Die politisch gewollten niedrigen Konsumentenpreise sind dem Urban Bias geschuldet, d.h. der Stadtlastigkeit der politischen Entscheidungen.

Ein weiteres Problem ist die Umstellung der Produktion auf weltmarktorientierte Cash-Crop-Production.

Hinzu kommen Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten (gestiegener Fleischkonsum besonders auch in den bevölkerungsreichen Schwellenländern).

Ein Hauptgrund für die nicht ausreichende Ernährung ist die wirtschaftliche Armut, vor allem auch der weiter wachsenden Stadtbevölkerung. Wirtschaftliche Armut zeigt sich in nicht ausreichendem Einkommen und fehlender Kaufkraft, die verhindert, dass die elementaren Bedürfnisse, vor allem Ernährung, aber auch Gesundheit, Bildung etc. nicht befriedigt werden können.

Lösungsansätze sind vor allem in der Schaffung besserer Bedingungen für die kleinen und mittleren Bauern zu finden. Dies ist eine Frage des Zugangs zu Land, zu Know-how und angepassten bzw. verbesserten Technologien, zu Finanzierung sowie zu Inputs und Absatzmärkten. Nur durch gesteigerte Produktion für die Eigenversorgung und für den Markt, besseren Vermarktungsstrukturen z.B. über producenteneigene Organisationen (Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften usw.), Vertragslandwirtschaft bei denen durch bessere Teilhabe an den Wertschöpfungsketten die Produzenten auskömmliche Preise und Einkommen erzielen.

Preisreize für die Produzenten können das Marktangebot steigern, d.h. die staatlich beeinflusste Preispolitik, vor allem zugunsten der städtischen Konsumenten muss revidiert werden. (Billig-) Importe, die nationale Märkte stören können, müssen durch entsprechende Marktordnungsmaßnahmen gelenkt werden.

Gesteigerte Exporte bzw. ein verbesserter Zugang für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zu den Märkten der Industrieländer, vor allem von Produkten bei denen komparative Vorteile bestehen, können die Situation der Hungernden nur dann lösen, wenn die Devisenerträge u. a. für den Import von Nahrungsmitteln genutzt werden bzw. den Produzenten als tatsächlich höhere Einkommen zufließen und nicht wie vielfach der Fall vom Staat weggesteuert werden. Landreformen bzw. gesicherte Eigentums- und Nutzungsrechte sind Grundlage für Investitionen in eigene Betriebe.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden, insbesondere die Förderung produktiverer und umweltschonender Anbautechniken und entsprechende Bildungsprogramme für Bauern, z. B. soll die Bekämpfung der Desertifikation verhindern, dass landwirtschaftlich nutzbares Land verloren geht.

2. Gibt es neue Erkenntnisse zu den Ursachen der Nahrungsmittelkrise, die es zu berücksichtigen gilt?

Die Ursachen der Nahrungsmittelkrise sind bekannt und diskutiert. Offensichtlich hat es aber eine Verschiebung bzw. Verstärkung einzelner Faktoren gegeben: Energiekrise, Preissteigerungen bei Erdölprodukten und damit bei Inputs für die Agrarproduktion, vermehrte Produktion von Biotreibstoffen, verstärkte Umschichtung von Finanzanlagen in Agrar-Commodities etc. Hinzu kommen als weitere Ursachen Naturkatastrophen (Überschwemmungen, Dürre etc.).

3. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um in Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung die Entwicklung der Landwirtschaft sowie den regionalen und lokalen Handel mit Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter zu fördern, insbesondere mit Blick auf die Agrarpolitik und Agrarforschung in Deutschland und Europa?

Die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung muss Priorität haben, d.h. dort wo es notwendig ist, muss kurzfristig Nothilfe geleistet werden.

Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft ist der Schlüssel zur Überwindung der Ernährungskrise und gleichzeitig der Schlüssel für ländliche Entwicklung. Nur wenn im ländlichen Raum ausreichend produziert, konsumiert und vermarktet werden kann und die Produzenten auskömmliche Preise erzielen, kann die wirtschaftliche Situation in den ländlichen Gebieten verbessert werden. Einkommensverbesserungen bei den Produzenten stärken auch die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereiche außerhalb der Landwirtschaft. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt; Teile der Einkommen können gespart und investiert werden.

Hier ist der Staat gefragt: Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens und einer verlässlichen Agrarpolitik, Sicherung der Eigentums- und Nutzungsrechte. Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur, etc.

Verbesserung der finanziellen Infrastruktur und Zugang zu Finanzdienstleistungen, vor allem zu längerfristigen Investitionskrediten, Schaffung von Vermarktungsmöglichkeiten, Förderung von Produzentenorganisationen, insbesondere genossenschaftlich

organisierter Selbsthilfeorganisationen und deren Netzwerke bzw. Verbundsysteme durch entsprechende Gesetzgebung und Sicherstellung des Rechtsrahmens. Bereitstellung von Know-how und Beratung, verbesserte Forschung im agrarischen Bereich und Diffusion von Neuerungen.

Auf internationaler Ebene Respektierung der Rechte der bäuerlichen Produzenten der Entwicklungsländer ohne die Existenz und Interessen größeren Produzenten und Exportnationen außer Acht zu lassen.

Förderung der internationalen Agrarforschung und verantwortungsvolle Nutzbarmachung für die Belange der Produzenten in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

4. Sind die nach der Nahrungsmittelkrise unternommenen Schritte zur Bekämpfung des Hungers in der Welt geeignet und damit die Weichen in die richtige Richtung gestellt?

Es wurden auf der internationalen politischen Ebene die richtigen Beschlüsse gefasst, die mögliche Lösungsansätze verfolgen, ihre Umsetzung schreitet jedoch zu langsam voran. Dies liegt auch an Strukturverwerfungen und vested interests in den einzelnen Ländern, die eine rasche Umsetzung der Förderung der Landwirtschaft verhindert. Die Interessen gerade der kleineren Produzenten und des ländlichen Raumes werden zu wenig gefördert. Vermehrte Forschungsanstrengungen müssen in ihrer Umsetzung unterstützt werden.

5. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage auf den Weltgetreidemärkten? Droht eine neue Nahrungsmittelkrise?

Die Weltgetreideerzeugung im Wirtschaftsjahr 2010/11 wird nach Schätzungen des International Grain Council mit 1,73 Mrd. t (ohne Reis) die Rekordergebnisse der beiden Vorjahre mit jeweils knapp 1,8 Mrd. t deutlich um 3,4 % bzw. 61 Mio. t verfehlen. Trotz guter Ernteergebnisse in China, Indien, Argentinien und Australien konnten die teilweise gravierenden Ertragsausfälle in Russland, der Schwarzmeerregion, der EU und Kanada nicht kompensiert werden. Durch das weltweit geringere Angebot, einhergehend mit Exportbeschränkungen seitens Russlands und der Ukraine wurde bei global weiter steigender Nachfrage der seit fast 3 Jahren zu beobachtende Preisverfall am internationalen Getreidemarkt jäh gestoppt (Im März 2010 wurden Kurse von knapp 130 € je Tonne Weizen notiert, seither stiegen die Notierungen sowohl in der EU als auch weltweit auf deutlich über 200 €/t).

Für die weitere Preisentwicklung spielen die Einschätzung der globalen Getreidebestände und die Relation dieser Bestände zum Verbrauch eine maßgebliche Rolle. Bei einer Ernte von 1,73 Mrd. t Getreide und einem weltweiten Verbrauch von 1,79 Mrd. t nach 1,76 Mrd. t in 2009/10 (+ 1,9 %) wird der deutliche Abbau der Getreidebestände mit Besorgnis registriert. Die Relation der Bestände zum Verbrauch liegt 2010/11 mit knapp 19 % nur knapp über dem Niveau von 2007/08. Umgerechnet bedeutet dies, dass die Lagerreserven ausreichen, um den weltweiten Getreidebedarf für rund 69 Tage auszugleichen. Allerdings ist die Situation im Hinblick auf die Versorgung mit Weizen (knapp 100 Tage Lagerreserve) deutlich günstiger als bei Futtergetreide (51 Tage).

Nahrungsmittelkrisen sind häufig das Ergebnis instabiler politischer Rahmenbedingungen. Langfristig muss zur Vermeidung von Nahrungsmittelkrisen angesichts des

Bevölkerungswachstums und der deshalb kontinuierlich zunehmenden Verbrauchswerte die Produktion auch im Hinblick auf die zunehmende alternative Verwendung von Getreide weiter gesteigert werden. Aufgrund der begrenzten Anbaufläche ist die Nutzung züchterisch technischer Fortschritte einhergehend mit dem Zugang zu ertragsteigernden wie ertragsichernden und ökologisch verträglichen Betriebsmitteln vordringlich.

6. Wie hat sich die Ernährungssituation in den Ländern, die 1990 einen Welthungerindex über 20 (gravierender oder ernster Hunger) aufwiesen seither entwickelt, worauf ist eine positive, worauf eine negative Entwicklung zurückzuführen und wie bewerten Sie diesen vom IFPRI (Internationales Forschungsinstitut für Ernährungspolitik) entwickelten Welthungerindex als Maß für die Ernährungssituation in Entwicklungs- und Schwellenländern?

Der Welthungerindex ermöglicht es, über den Zeitverlauf die Entwicklung in den einzelnen Ländern zu beobachten und aufgrund von negativen Veränderungen Maßnahmen zu ergreifen bzw. aufgrund von positiven Veränderungen Rückschlüsse für andere Länder zu ziehen.

Länder, die eine aktive Förderung ihrer Landwirtschaft und des ländlichen Raums betreiben, haben positive Veränderungen hinsichtlich der Ernährungssituation zu verzeichnen. Andererseits haben politische Krisen, schwache Regierungen und auch Naturkatastrophen in mehreren Ländern zu negativen Ausprägungen des Index geführt.

7. In welchem Umfang tragen Ernte-, Lagerungs- und Transportverluste beim Anbau von Pflanzen für die Lebensmittelproduktion bzw. deren Weiterverarbeitung zum Mangel an Nahrungsmitteln in den Ländern mit einem hohen Welthungerindex bei?

Wie hoch die Verluste tatsächlich sind, lässt sich nur sehr schwer quantifizieren. Tatsache ist jedoch, dass ein erheblicher Teil der Nahrungsproduktion insbesondere bei kleinbäuerlichen Betrieben nach jeder Ernte verloren geht. Schätzungen gehen je nach Produkt von Verlusten bis 50 % und darüber aus. Dies hat unterschiedliche Gründe: Fehlende Transportinfrastruktur, fehlende Verarbeitungskapazitäten im nachgelagerten Bereich, fehlende sichere Lagermöglichkeiten, die u.a. auch bei schwierigen klimatischen Bedingungen vor Verlusten schützen etc.

Zu den Gründen für Ernteverluste zählen auch klimatische Probleme (Regen, Überschwemmungen, Trockenheit) während der Vegetationsphase und - häufig unterschätzt - plötzlich auftretender Kapitalmangel nach bereits erfolgter Aussaat, wenn z. B. andere Ereignisse, wie Krankheitskosten wegen fehlender Versicherung die finanziellen Mittel, die ursprünglich für die Beschaffung von Inputs vorgesehen waren, absorbieren oder wenn zugesagte Kredite aus welchem Grund auch immer während der Vegetationsperiode nicht vollständig ausbezahlt werden und so die Kulturen nicht ausreichend bewirtschaftet werden können.

8. Welchen Beitrag können Bildung und Ausbildung, insbesondere eine verbesserte fachliche Ausbildung in Bezug auf Anbau und Ernte, sowie die Verarbeitung pflanzlicher und tierischer Produkte zur Verbesserung der Situation der Welternährung leisten?

Berufliche und fachliche Qualifikation sind die Grundlagen für erfolgreiches Wirtschaften. Hierbei sollte auf der einen Seite vorhandenes traditionelles Wissen, das auf der Nutzung der lokalen Ressourcen basiert, gefördert werden und auf der anderen Seite der state of the art soweit wie möglich genutzt werden. Hierfür sind Investitionen im Bildungs- und Beratungsbereich unabdingbar, um von der Produktion bis zu Verarbeitung und Vermarktung die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten und Entscheidungsträger zu verbessern

9. Sehen Sie eine direkte Verbindung zwischen „Good Governance“ in Entwicklungsländern und positiven Entwicklungen in der Landwirtschaft in diesen Ländern?

Diese Verbindung wird durchaus gesehen. Problematisch ist aber, dass es in vielen Ländern keine explizite Agrarpolitik (Agrarstrukturpolitik, Förderpolitik, Beratung, Ausbildung etc.) bzw. keine Politik zur Förderung der ländlichen Entwicklung (Infrastruktur etc.) gibt. Dies liegt u.a. am urban bias, der Stadtlastigkeit der politischen Entscheidungen, die unmittelbar die ländlichen Produzenten negativ trifft: Niedrigpreispolitik bei Nahrungsmitteln zugunsten städtischer Verbraucher.

Die Regierungen müssen ihre Produzenten wenn nötig zeitweise durch geeignete Maßnahmen schützen.

Hier muss die internationale Zusammenarbeit unbedingt beratend und im Politikdialog tätig werden.

10. Welche Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die immer noch vorhandenen EU-Agrarexportsubventionen sowie die handelsverzerrenden innereuropäischen Marktstützungen auf die Lebenssituation vieler Menschen in den Entwicklungsländern?

Es steht außer Zweifel, dass in der Vergangenheit die EU-Exportförderung zu Verwerfungen und Marktstörungen in den Zielländern führte, was gerade die ohnehin schwache Marktposition der Kleinbauern weiter verschlechterte.

Nach mehreren Reformschritten - (MacSharry-Reform 1992) und zuletzt fortgesetzt mit dem Health-Check 2008 - hat sich das politische und wirtschaftliche Umfeld für die Land- und Agrarwirtschaft in der EU grundlegend gewandelt. Die Agrarpolitik der EU konzentriert sich heute im Schwerpunkt auf die Gewährung von entkoppelten Direktzahlungen an die Landwirte.

Aus der direkten Verantwortung für die EU-Agrarmärkte hat sich die Agrarpolitik mit großen Schritten bereits weitgehend verabschiedet. In diesem Bereich hatte die Agrarmarktpolitik der EU mit ihren beiden Hauptzielen - Stabilisierung der Agrarmärkte und Einkommenssicherung für die Landwirte - in der Vergangenheit den Markt stützende Instrumente, wie die Intervention (staatlicher Ankauf von Überschussprodukten, Lager und Verarbeitungsbeihilfen) und Exportsubventionen eingesetzt. So wurden 1992 noch umgerechnet 17,1 Mrd. Euro für sog. Marktordnungsmaßnahmen in einer EU mit weit weniger Mitgliedstaaten ausgegeben. 16 Jahre später, im Jahre 2008, waren es in der EU-27 nur noch 5,7 Mrd. Euro.

Die EU hat in den laufenden WTO–Verhandlungen der Doha–Runde angeboten, die handelspolitisch besonders umstrittenen Exporterstattungen, die von 10 Mrd. Euro in 1993 über 3,5 Mrd. Euro im Jahre 2001 auf gegenwärtig nur noch ca. 500 Mio. Euro zurückgenommen worden sind, ganz abzuschaffen. Dieses Angebot hat allerdings – aus Sicht der Wirtschaft auf jeden Fall, aus Sicht der Politik dem Eindruck nach nur noch halbherzig – zur Voraussetzung, dass die Verhandlungspartner in der WTO ihrerseits auf vergleichbare handelspolitische Instrumente ebenfalls konsequent verzichten.

Der überwiegende Teil der Agrarausgaben der EU konzentriert sich heute auf entkoppelte Direktzahlungen an die Landwirte. EU-weit betrachtet sind bereits 95% dieser Zahlungen vollständig entkoppelt, weitere, abschließende Fortschritte sollte die anstehende GAP-Reform erbringen.

Direktzahlungen stellen auch einen finanziellen Ausgleich für die hohen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutzstandards in der EU im Vergleich zu den Produktionsauflagen in Drittstaaten dar. Sie nehmen keinen Einfluss auf Ausrichtung oder Umfang der Agrarproduktion in der EU mehr. Sie werden vielmehr produktionsunabhängig gewährt. Ihre Höhe bemisst sich nach der Flächenausstattung und der Verfügbarkeit so genannter Zahlungsansprüche, die unterschiedlich hoch bemessen sein können. Die Direktzahlungen haben keinen handelsverzerrenden Einfluss auf Preise und Produktion auf dem Weltmarkt oder gar in den Entwicklungsländern.

11. Wie kann ein weltweit fairer Zugang zu und eine faire Produktion von Nahrungsmitteln gewährleistet werden, der vor allem den Kleinbauern in den Entwicklungsländern die Möglichkeit einer profitablen Nahrungsmittelproduktion ermöglicht?

Gesicherter Zugang zu Produktionsmitteln ist die Voraussetzung, z.B. sichere Landtitel bzw. Nutzungsrechte. Die Kleinbauern brauchen Zugang zu Finanzierung, zu den Märkten und müssen in Wertschöpfungsketten eingebunden sein. Hier spielt für kleinere Produzenten insbesondere wirtschaftliche Kooperation eine wichtige Rolle.

Kooperation war zu Zeiten des Gründers der ländlichen Genossenschaften in Deutschland, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen, ein Erfolgsfaktor und ist es heute mehr denn je. Es wird heute weltweit ein Trend zur Kooperation in unterschiedlichen Ausprägungen diagnostiziert.

Genossenschaften sind - wie andere Produzentenorganisationen - die marktverbindenden Unternehmen ihrer Mitglieder, die deren Wirtschaft durch entsprechende Leistungen fördern. Die Herstellung der Marktverbindung und der Marktgegenmacht (Countervailing Power) sind entscheidende Schritte. Erst dadurch ergeben sich: Economies of Scale, Senkung der Transaktionskosten, Economies of Skills, wie zusätzliches Know-how und vor allem eine eigenständige Marktposition der Genossenschaftsmitglieder und der Genossenschaft gegenüber der Marktgegenseite, also letztlich die nachhaltige Entwicklungsmöglichkeit.

12. Großflächiger Landkauf und Landpacht in den Entwicklungsländern durch internationale Unternehmen und industrielle Länder sowie Schwellenländer – das so genannte Land Grabbing – hat in den letzten Jahren massiv

zugenommen. Welche nationalen und internationalen Regelungen sind Ihrer Meinung notwendig, um negative Auswirkungen für die lokale Bevölkerung zu verhindern?

Entscheidend ist, dass die nationalen Regierungen verantwortungsvoll handeln und die eigenen Bürger schützen. Die Erfahrung in einigen Ländern zeigt, dass es zu Vertreibungen von angestammtem Land gekommen ist und Menschen in Notlagen geraten sind. Wenn das Recht auf Nahrung überall gilt, dürfen Produzenten nicht von ihrem Land vertrieben werden und sie dürfen auch nicht zum Landverkauf gezwungen oder überredet werden.

International verbindliche Regeln, die auch durchgesetzt werden, sind nötig. Entsprechende Abkommen und Richtlinien für verantwortungsvolles Handeln der Vertragspartner sind zu begrüßen, wenngleich die Interessen der bisherigen Landnutzer möglicherweise vernachlässigt werden.

13. Wie beurteilen Sie die Bemühungen der FAO im Allgemeinen und des bei den Rom-Organisationen angesiedelten neuen CFS im Speziellen, freiwillige Leitlinien zum Zugang zu Land zu erarbeiten und damit das unkontrollierte so genannte „land grabbing“ (Aufkauf von riesigen Landflächen in Entwicklungsländern durch ausländische Großinvestoren) einzudämmen?

Siehe 12

14. Welche Bedeutung hat die Erhöhung der Effizienz der landwirtschaftlichen Produktion durch Nutzung verbesserter Pflanzensorten, moderner Technik sowie Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmethoden für die Welternährung?

Grundsätzlich gilt, dass alle Möglichkeiten der verantwortungsvollen Nutzung neuer Technologien, verbesserter Sorten und Methoden für alle Produzenten offen stehen müssen und auch genutzt werden können. Es bedarf jedoch erheblicher Beratungs- und Ausbildungsanstrengungen um flächendeckend neue Methoden und Inputs verantwortungsvoll anwenden zu können. Um die Nahrungsmittelproduktion signifikant zu erhöhen, was bei dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum unabdingbar ist, muss der Zugang zu Know-how, Betriebsmitteln, Märkten und Finanzierung gesichert werden

15. Welche Möglichkeiten sehen Sie in der modernen Pflanzenzüchtung einschließlich der Nutzung biotechnologischer Methoden durch Anpassung der Kulturpflanzen an den Klimawandel dem Verlust von Ackerfläche entgegenzuwirken, um die Ernährungssituation in diesen Ländern zu verbessern sowie die Verbesserung der Eigenschaften der Kulturpflanzen für die Ernährung (Goldener Reis), um den so genannten stillen Hunger zu lindern?

Die weltweit verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche wird sich von 4.300 m² pro Kopf im Jahr 1960 auf 1.800 m² pro Kopf im Jahr 2030 verringern. Gleichzeitig steigt der Lebensstandard in zahlreichen Schwellenländern, einhergehend mit einem steigenden Lebensmittelkonsum. Hinzu kommt die ansteigende Konkurrenz bei der Verwertung agrarischer Rohstoffe als Lebensmittel, Futtermittel oder Energielieferant.

Im Bereich Pflanzenzüchtung müssen alle Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung und Anpassung der Pflanzen an geänderte Umwelt- und Konsumbedingungen geprüft und möglicherweise genutzt werden. Die Biotechnologie ist bereits heute ein zusätzliches Instrument der Pflanzenzüchtung. Im Jahr 2010 waren unter den insgesamt 29 Ländern mit kommerziellem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen 19 Entwicklungsländer. Zu den rund 15 Millionen Landwirten, die im Jahr 2010 gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut haben, zählen ca. 14 Mio. Kleinbauern.

Beispiele für existierende und in Zukunft erwartete gentechnisch veränderte Pflanzen sind u. a.: Trockentoleranter sowie herbizid- und pilzresistenter Weizen, trockenoleranter Mais (Markteinführung USA in 2012), Soja mit verbesserten ernährungsphysiologischen Eigenschaften (Markteinführung bereits u. a. in den USA und Kanada), Goldener Reis (Markteinführung Philippinen, Indien, Vietnam in 2011). Es wird geschätzt, dass durch den Goldenen Reis, der Vitamin A-Mangel in asiatischen Entwicklungsländern entgegenwirken soll.

Ob neue Sorten genutzt werden können hängt vor allem von den finanziellen Möglichkeiten der potentiellen Nutzer ab. Es ist bekannt, dass im Rahmen der Grünen Revolution, vor allem kapitalstärkere Betriebe profitieren konnten.

16. Welchen Einfluss hat die Flächenkonkurrenz zwischen dem Anbau von Pflanzen zur Energieproduktion (Strom, Kraftstoffe) und dem von Pflanzen zur Lebens- und Futtermittelproduktion auf die Situation der Welternährung?

Wichtig ist, dass in einzelnen Ländern die Priorität der Nahrungsmittelproduktion und die Versorgung der heimischen Bevölkerung gewährleistet werden. In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern gibt es ein erhebliches Potential zur Steigerung der heimischen Nahrungsmittelproduktion und einer verbesserten Versorgung der Menschen daraus – bei entsprechenden politischen Weichenstellungen.

Die international in verschiedenen Ländern sehr unterschiedliche Entwicklung der Erzeugung von Biomasse für Energiezwecke erlaubt kein generelles Urteil über deren Einfluss auf die Situation der Welternährung

Pflanzen werden zukünftig wohl einen wesentlichen Beitrag zum Ersatz fossiler Brennstoffe und der Energiegewinnung aus Atomkraft leisten. Um negative Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln für die Ernährung der Weltbevölkerung zu vermeiden, ist neben einer optimierten Standortwahl für den Anbau von Energiepflanzen auch die Entwicklung hocheffizienter Energiepflanzen erforderlich, um den Flächenverbrauch bzw. die Flächenkonkurrenz so gering wie möglich zu halten. Möglicherweise werden im Bereich Gentechnik entsprechende Lösungsansätze gefunden um z.B. mit der Umwandlung von Maisstärke in Bio-Treibstoffe neue Wege zu finden.

17. Welche Bedeutung hat die Europäische Landwirtschaft für den weltweiten Kampf gegen Hunger und Mangelernährung und sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und der Ernährungssituation in den Ländern mit einem Welthungerindex über 20; falls ja: was sollte bei der anstehenden Reform der GAP beachtet werden?

Die EU – Landwirtschaft verfügt im weltweiten Vergleich über hervorragende natürliche und klimatische Produktionsbedingungen, was es ihr ermöglicht – auch nach Abschaffung preisstützender und handelsverzerrender Marktordnungsinstrumente – über die Versorgung der eigenen Bevölkerung hinaus wichtige Beiträge zum Weltagrarhandel zu leisten. Zugleich ist die EU der größte Agrarimporteur. Agrarhandel darf keine Einbahnstrasse sein.

25% der EU – Agrarimporte kommen aus den Bereichen ACP, ASEAN und MEDA (Nordafrika), 20% der EU – Exporte gehen in diese Regionen.

Einen direkter Zusammenhang zwischen der GAP und der Ernährungssituation in Entwicklungsländern ist nicht erkennbar, insbesondere nicht nach den zurückliegenden grundlegenden GAP – Reformen.

Die Veränderungen im entwicklungspolitischen Diskurs, die wieder die vorrangige Eigenverantwortung der Länder in den Vordergrund stellt, sind zu begrüßen.

18. Wie könnte ein an den Bedürfnissen der Klein- und Kleinstbauern in den Entwicklungsländern ausgerichtetes Konzept standortgerechter Landwirtschaft aussehen, das unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien, die Nahrungsmittelversorgung und die Einkommen der Landwirte vor Ort langfristig sichert?

Die lokale und regionale Versorgung muss im Vordergrund stehen. Klein- und Kleinstbauern müssen hierzu einen Beitrag leisten, wobei viele über die Subsistenz nicht hinauskommen können; gleichzeitig muss darauf geachtet werden, dass die Bevölkerung nicht nur an der Entstehung sondern auch an der Verwendung des Erträge beteiligt ist.

Es muss von dem vorhandenen Know-how und den ökologischen Bedingungen ausgegangen werden. Bestehende Marktstrukturen und -beziehungen der Produzenten müssen analysiert werden, um bereits bestehende Einkommenspotentiale bei der Optimierung von Wertschöpfungsketten durch Kooperation oder Vertragsanbau nutzbar zu machen. Vielfach kann durch Kooperation bereits eine bessere Marktposition oder der Marktzugang überhaupt erreicht werden.

Wie bereits ausgeführt, ist der Zugang zu Wissen, zu Marktinformationen, zu Finanzierung und zu den relevanten Märkten Grundvoraussetzung. Entsprechende Aktivitäten der Regierungen und der internationalen Gemeinschaft sind gefragt.

19. Wie beurteilen Sie die Folgen des Anstiegs der Weltagrarpreise sowie der mangelnden Effizienz im Umgang mit Agrarprodukten (Vor- und Nachernteverluste, Lebensmittelverschwendung, Fleischkonsum und den damit verbundenen Flächen- und Ressourcenverbrauch) für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung und die bäuerliche Landwirtschaft weltweit unter Berücksichtigung geeigneter Konsequenzen für die Agrarpolitik?

Der Anstieg der Weltmarktpreise hat für die Subsistenzbauern keine direkten Auswirkungen, es sei denn es wird ihnen der immer knapper werdende Boden als Lebensgrundlage etwa durch Land Grabbing entzogen. Dasselbe kann auch für die Bauern, die die bäuerliche Landwirtschaft repräsentieren, gelten.

Die für die Landwirtschaft notwendigen und tatsächlich zur Verfügung stehenden Ressourcen sind knapp und - neben klimatischen und natürlichen Gegebenheiten - die limitierenden Faktoren. Die bestehenden Ressourcen müssen gemäß des Postulates „Food First“ auf die Produktion, Lagerung, Verarbeitung und Distribution konzentriert werden um das Recht auf Nahrung zur Geltung zu bringen. Den Bauern muss die Chance gegeben werden, ihren Lebensumständen und Erfahrungen entsprechend produzieren zu können. Dabei müssen Maßnahmen im Beratungs- und Bildungsbereich, bei der Versorgung mit Saatgut ebenso sichergestellt sein, wie die Vermarktung und Verarbeitung. Gelingt es durch entsprechende Steigerungen der Produktion und der Sicherung des Marktzugangs an den gestiegenen Preisen zu partizipieren, kann die wirtschaftliche Situation weiter verbessert werden.

20. Hat die Spekulation an den Warenterminmärkten Auswirkungen auf die Preisentwicklung auf den Spotmärkten?

In Folge der Finanzmarktkrise sind neue Akteure auch an den Warenterminmärkten aufgetreten. Dies hat zu teilweise signifikanten Preisausschlägen geführt, die Überlegungen zu einer besseren Regulierung rechtfertigen können.

Andererseits ist Preisabsicherung an Warenterminbörsen ein unerlässliches Instrument für die Unternehmen, um bei zunehmender Preisvolatilität Risiken beim Ein- und Verkauf von Agrarrohstoffen kalkulierbar und beherrschbar zu machen. In dem Maße wie die EU-Agrarpolitik ihre Funktion und Instrumente zur Stabilisierung der Agrarmärkte aufgegeben hat, kommt den Märkten für Agrar derivative auch in der EU eine wichtige Funktion bei der Risikoabsicherung zu, wie dies in anderen Ländern schon eine sehr langjährige Tradition hat.

Ein Engagement an Warenterminbörsen unterstützt das Risikomanagement der Marktbeteiligten. Zugleich sendet die Entwicklung der Börsennotierungen wichtige Signale über die künftige Preisentwicklung, die wiederum für die Planungen der Marktakteure von großer Bedeutung sind.

Naturgemäß hat jedes Engagement an Warenterminbörsen Auswirkungen auf die Preisentwicklung. Sie macht aber letztlich Preise transparenter und vorhersehbarer. Andererseits haben reale Ereignisse auf den Produktmärkten starke Einflüsse auf die Terminbörsen, wie zuletzt besonders deutlich das russische Exportverbot für Getreide im Sommer gezeigt hat.

21. Die in diesem Frühjahr enorm steigenden Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen oder Mais führen zu Hunger und Armut in vielen Entwicklungsländern. Wie können Ihrer Meinung nach die Ursachen durch entsprechende Regelungen national und/oder international dauerhaft beseitigt werden?

Preissteigerungen werden i. d. R. durch eine Veränderung des Verhältnisses von Angebot zu Nachfrage ausgelöst. Internationale Vereinbarungen zur Bekämpfung von Preisschwankungen waren wenig erfolgreich. Wichtig scheint vielmehr zu sein, politisch bedingte Angebots- oder Nachfrageschocks (Export- bzw. Importbeschränkungen) zu vermeiden, die Agrarforschung zu intensivieren und die Möglichkeiten der

Pflanzenzüchtung stärker zu nutzen. Darüber hinaus wird auf die bereits erfolgten Ausführungen verwiesen.

22. Wie beurteilen Sie die Schlussfolgerungen des UN-Weltagrарberichts IASSTD, der nicht in einer zunehmenden Intensivierung, insbesondere der Ausrichtung auf Agro- Gentechnik, sondern in der Umsetzung einer nachhaltigen und kleinbäuerlich orientierten Landwirtschaft die Lösung der Welternährungskrise sieht?

Im Grunde und im Kern sind es überfällige Aussagen: Die Vernachlässigung der Landwirtschaft insgesamt in den letzten 20 Jahren und die Diskriminierung bzw. Missachtung der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Unterschätzung ihres produktiven Potentials und ihrer Bedeutung für die ländliche Wirtschaft und den ländlichen Raum müssen überwunden werden. Der frühere Landwirtschaftsminister Brasiliens, Roberto Rodriguez, der für die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik und deren Förderung unter dem Präsidenten Lula verantwortlich zeichnete, hat es so zum Ausdruck gebracht: Wenn wir über die Landwirtschaft reden, müssen wir über die Leistungen der kleinen und großen Produzenten sprechen. Sie sind es, die unsere Welt ernähren. Und schließlich war es R. Rodriguez, der den Zusammenschlüssen auch der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe in unternehmerisch ausgerichteten Genossenschaften Priorität einräumte. Nachhaltige Landwirtschaft und organische ländliche Entwicklung, d.h. Entwicklungsschritte, die von den Betroffenen selbst getragen werden müssen verstärkt gefördert werden.

Dies spricht auch für die Einbeziehung der größeren Betriebe und Nutzung derer Größenvorteile.

23. Wie bewerten Sie die Anstrengungen der Bundesregierung in der Hungerbekämpfung seit der Nahrungsmittelkrise?

Die Bundesregierung hat über die unmittelbar mit der Welternährung und die Förderung der Landwirtschaft befassten Ministerien BMELV und BMZ Maßnahmen unter Einschluss der Vorfelddorganisationen, von Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Wirtschaft einen Dialog eingeleitet, der bereits zu umfangreichen Diskussionen und Maßnahmen geführt hat. Dies ist positiv zu bewerten. Die internationale Positionierung unseres Landes ist anerkannt und sollte auch im direkten Dialog mit den internationalen Organisationen und den Stakeholdern, vor allem aber mit den Vertretern der Zielgruppen in den betroffenen Ländern genutzt werden.

24. Wie bewerten Sie den von der britischen Regierung im Januar veröffentlichten Bericht „The Future of Food and Farming“ und seine Lösungsvorschläge in Hinblick auf die Verbesserung der Welternährung, die Minderung der Zahl von Menschen, die hungern oder an dem so genannten stillen Hunger (Mangelernährung) leiden?

Dies ist positiv zu bewerten und kann als Bestätigung bzw. Unterstützung unserer Anstrengungen gewertet werden. Der Bericht sollte als Diskussionsgrundlage gesehen werden und nicht als irgendwelche Handlungsanweisung, die evtl. in falschen Richtungen weist.

25. Welche Dimension hat der Außenhandel der EU mit LDC-Staaten und welche Auswirkungen ergeben sich daraus?

Statistische Zahlen spiegeln die tatsächlichen Wirkungen auf die nationalen Märkte der LDC nur bedingt wieder. Sind die formellen Märkte sehr eng kann der Handel der EU mit den einzelnen Ländern signifikante Wirkungen positiver und negativer Art haben.